

Parteinahme für Demokratie

Die spannende Geschichte der SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe

Von Cornelia Filter*

In diesem Buch wird eine Geschichte „von unten“ erzählt – ein Stück Zeitgeschichte von 1953 bis 2020. Es ist die Geschichte der SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe. Hinter dem unpolitisch anmutenden Titel *Gutes tun – Zeichen setzen* verbirgt sich eine Haltung, die politisches Handeln als Parteinahme begreift: für die kommunale Selbstbestimmung, für die nicht als Kultur wahrgenommene Alltagskultur, für die vom Mainstream Ausgegrenzten und für die Gleichstellung der Geschlechter. Dies sind die zentralen Themen der Geschichte, die der Historiker Jens Gründler im Auftrag der SPD-Fraktion schrieb und die sich streckenweise spannend wie ein Krimi liest. Denn von Beginn an drohte ein (gewissermaßen) gewaltsames Ende.

Die am 1. Oktober 1953 gegründeten Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen – der rheinländische LVR mit Sitz in Köln und der westfälisch-lippische LWL mit Sitz in Münster – sind sogenannte Kommunalverbände. Sie dienen der dezentralen Selbstverwaltung und werden von den Kreisen und kreisfreien Städten der beiden Landesteile finanziert. Die Landschaftsversammlungen sind die Parlamente mit jeweils einem Sitz pro 100.000 Einwohner_innen. Die Abgeordneten aus Westfalen-Lippe werden von 18 Kreistagen und neun Stadträten meist aus den eigenen Reihen gewählt. In der 14. Wahlperiode (2014-2020) stellt die SPD 40 von 116 Abgeordneten und ist die zweitstärkste Fraktion nach der CDU mit 46 Abgeordneten.

Beinahe hätte es nicht einmal eine zweite Wahlperiode gegeben, da die damalige Landesregierung aus CDU, FDP und Zentrum bereits kurz nach der Gründung die Auflösung der Landschaftsverbände plante. Am 1. April 1955 hielt der Hagener SPD-Abgeordnete Friedrich Steinhoff in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe ein leidenschaftliches Plädoyer für den Erhalt – und damit für Demokratisierung durch Dezentralisierung: „Gerade in Anbetracht der Erfahrungen von 1933 bis 1945 muss sich jeder Demokrat in Sonderheit verpflichtet fühlen, die Verästelungen demokratischer Entscheidungsmöglichkeiten bis zum letzten Ort zu sichern.“

Auseinandersetzungen über die Auflösung, so Jens Gründler, seien „nahezu permanent“ geführt worden. Die nächste ernsthaft gefährliche Attacke ritt ausgerechnet ein Sozialdemokrat: Wolfgang Clement, von 1998 bis 2002 NRW-Ministerpräsident. Gemäß der Neuausrichtung der Bundes-SPD unter Gerhard Schröder wollte Clement den Staat durch Abbau und Zentralisierung von Behörden verschlanken. Der Schlag gegen den „Wasserkopf der Bürokratie“, zu dem der Landeschef und seine rot-grüne Regierung ausholten, sollte vornehmlich die Landschaftsverbände treffen: „Ungeachtet der Arbeit, die sie leisteten.“ Ein Sturm der Entrüstung erhob sich, angeführt von der SPD-Fraktion in der westfälisch-lippischen Landschaftsversammlung, die sich über Fraktionsgrenzen hinweg zum „Westfalenparlament“ formierte und breiten Widerstand organisierte.

Die Clement-Regierung ruderte zurück. Dennoch mussten die Landschaftsverbände Federn lassen und den Straßenbau an eine dafür eigens neu eingerichtete Landesbehörde abtreten. Die Verlagerung nach Düsseldorf hält der heutige SPD-Fraktionsvorsitzende Holm Sternbacher auch zwei Jahrzehnte später noch für einen Fehler, sagt er im Gespräch. Die „Abkopplung lokaler und regionaler Kenntnis“ misshagt dem Bielefelder nicht nur beim Straßenbau. Sternbacher: „In NRW leben 18 Millionen Menschen, allein in Westfalen acht Millionen, so viele wie in Österreich oder Schweden. Alle und alles

aus Düsseldorf zu regieren, nur von der Zentrale aus, funktioniert nicht. Das ist einfach zu groß.“

Das spricht für die Landschaftsverbände, die das Gros ihrer zahlreichen Aufgaben bis heute behielten. Der LWL in Münster hat fünf Fachbereiche: Soziales, Psychiatrie, Maßregelvollzug, Jugend und Schule sowie Kultur. Einerseits fungiert er als Dienstleister für seine Mitglieder. Andererseits unterhält er selbst 180 Einrichtungen: u. a. Förderschulen, psychiatrische Kliniken und Museen.

1979 wurde das *LWL Industriemuseum* aus der Taufe gehoben – als ein Museum an (mittlerweile) acht Orten: drei Bergwerke, eine Eisenhütte, ein Schiffshebewerk, eine Spinnerei und Weberei, eine Ziegelei und eine Glashütte. Die museale Präsentation der Arbeitswelt und Alltagskultur einfacher Menschen ist laut Jens Gründler „direkt auf den Einfluss“ der SPD-Fraktion zurückzuführen. Ebenso sei ihr die Erweiterung des LWL-Kulturbegriffs zu verdanken: „Kultur von allen für alle.“ Kulturpolitik auf dieser Grundlage ist zwangsläufig auch Strukturpolitik. „Wenn wir uns einmal vor Augen halten, welche Kultureinrichtungen der Landschaftsverband an den verschiedensten Orten in Westfalen-Lippe initiiert oder gefördert hat“, sagte der langjährige SPD-Fraktionsvorsitzende Udo Lehmann aus Bochum 1989, dann werde deutlich: „Wir haben dafür gesorgt, dass die Kultur in die Fläche geht.“

Die LWL-Kulturarbeit ist oft Thema in den Medien, wie jüngst erst wieder Berichte über die Vergabe von 1,1 Millionen Euro an 22 kulturelle Einrichtungen zeigten. Öffentlich kaum wahrgenommen hingegen wird die LWL-Arbeit für Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Behinderungen. Doch ihnen galt und gilt das besondere Augenmerk der SPD-Fraktion. Ortsnahe, ambulante Versorgung statt Hospitalisierung auf der grünen Wiese, die Einrichtung einer Beschwerdekommision für Patienten und Patientinnen in der Psychiatrie, Inklusion von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen – für diese und viele andere sozialpolitische Maßnahmen bescheinigt der Historiker Gründler der SPD-Fraktion „außerordentliches Engagement“. Gerade auch von drei Frauen: Geesken Wörmann (Kreis Soest), Marlene Lubek (Kreis Paderborn) und Elisabeth Veldhues (Kreis Steinfurt).

Diese streitbaren Westfälinnen waren es auch, die das Thema Gleichstellung zum „Leib- und Magenthema“ der SPD-Fraktion machten: u. a. mit der Folge, dass Helga Schumann-Wessolek 1995 die erste Dezernatsleiterin des LWL wurde. LWL-Direktor ist nach wie vor ein Mann, während der LVR schon seit 2010 eine Direktorin hat. Es gibt also Grund zur Hoffnung. Ein Grund zur Freude ist, dass sich der Frauenanteil der SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe auf 40 Prozent beläuft. Das ist nicht die Hälfte des Himmels, von der Feministinnen träumen, aber ein gutes Stück gewonnener Boden. Schließlich waren die Frauen anfangs zu zweit unter 37 Männern.

Die SPD-Fraktion hat sich seit 1953 deutlich verändert. Sie ist nicht nur weiblicher, sondern insgesamt „diverser“ geworden: weniger Ruhrgebietsdominanz, mehr Akademiker_innen etc. Was die Fraktionsmitglieder bei allen Unterschieden vor allem eint, ist laut Jens Gründler „die Bürgernähe“ als „ein Kernelement funktionierender Demokratie“.

Da sind sich die Sozialdemokrat_innen in der Landschaftsversammlung mit Herfried und Marina Münkler einig, die 2019 ein vielbeachtetes Buch über den Niedergang der Demokratie veröffentlicht haben: *Abschied vom Abstieg*. Dieser begann nach Ansicht des Ehepaars Mitte der 1970er Jahre mit Gebietsreformen und der Zentralisierung kommunaler Aufgaben. Dadurch seien „die partizipationsinteressierten und engagementbereiten Bürger schnell aus dem Zentrum des politischen Geschehens“ verschwunden. Aufgehalten werden kann der Abstieg, meinen die Münklers, wo er begann: durch mehr Bürgernähe „vor Ort, auf der kommunalen

Ebene“. Insofern ist es der Demokratie und uns allen zu wünschen, dass die Geschichte der SPD-Fraktion und die der ganzen Landschaftsversammlung jenseits der Buchdeckel weitergeht – noch lange, sehr lange.

**Die Paderbornerin Cornelia Filter ist Journalistin im Ruhestand. Früher war sie u. a. Redakteurin bei der NEUEN WESTFÄLISCHEN und beim feministischen Magazin EMMA.*